

Bezirksanzeiger

22.9.11

Café Cantonal in Gipf-Oberfrick

«Tour d'Horizon durch die Aargauer Politik» mit Landammann Urs Hofmann

(agb) Eine «Tour d'Horizon durch die Aargauer Politik» versprach Landammann Urs Hofmann am 10. Café Cantonal im Regos-Schulhaus in Gipf-Oberfrick. In seinen Ausführungen zu aktuellen Themen der kantonalen Politik bewies der SP-Regierungsrat profunde Kenntnisse und rednerisches Talent.

Urs Hofmann bezeichnete das Fricktal als eine wirtschaftlich sehr dynamische Region im Kanton. Die Wirtschaft der Zukunft wird stark auf KMU bauen. Damit diese langfristig konkurrenzfähig bleiben, braucht es einen guten Knowhow-Transfer mit der Forschung, was die Regierung durch die High-Tech-Initiative fördern möchte.

Geplant ist im Kanton zudem eine neue Auflage der Gemeindereform nach der Ablehnung von GERAG. Die Erfahrung zeigt nach Hofmann, dass sich bereits vollzogene Fusionen durchwegs positiv auf die Gemeinden auswirkten und bisher nie der Wunsch aufkam, diesen Entscheid rückgängig zu machen.

Das dreijährige Pilotprojekt «Pforte Arbeitsmarkt» im Wynetal strebt zur Reintegration von erwerbslosen Personen in den Arbeitsmarkt eine verstärkte Zusammenarbeit von IV, Sozialämtern und RAV an, um durch ein koordiniertes Vor-



Landammann Urs Hofmann (Foto: zVg)

gehen eine bessere und effizientere Betreuung zu gewährleisten.

Im Bereich Integration von ausländischen Einwohnern ist laut Hofmann eine enge Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden nötig, um das kantonale Integrationsprogramm, wie gefordert, bis im Jahr 2013 umzusetzen. Hinter der Angst vor Überfremdung stecken Befürchtungen, die ernst genommen werden müssen. In Bezug auf die Personenfreizügigkeit zeigte Hofmann jedoch auf, dass die Wirtschaft ausländische Ar-

beitskräfte braucht, sei es als Spezialisten aus Asien bei Grossfirmen oder Arbeitskräfte aus Osteuropa für die Landwirtschaft.

Schliesslich nahm der Landammann auch Bezug auf die Atomfrage, insbesondere das Atommüll-Problem. Er plädierte dafür, allenfalls eine internationale Zusammenarbeit zu suchen, statt Einzellösungen für jedes Land zu entwickeln. Wichtigstes Ziel ist für ihn die Lagerung des Atommülls am sichersten Ort. Die Gefahr besteht allerdings, dass der Ort des geringsten politischen Widerstandes gewählt wird.

Weitere Themen im Kanton sind die Neuregelung des Kinder- und Erwachsenenschutzes durch die Revision des Vormundschaftsrechtes. Im Aargau soll den elf Bezirksgerichten diese Verantwortung übertragen werden. Auch die Zivilstandsämter werden einer Revision unterzogen, um eine effizientere Organisation und Arbeitsweise zu ermöglichen. Bei den anschliessenden zahlreichen Fragen aus dem Publikum wurde unter anderem nach dem Standort der Staatsanwaltschaft gefragt. Hofmann erläuterte, dass sich die Regierung nach den nötigen Abklärungen für den objektiv besten Standort entscheiden wird. Ein Apéro rundete den informativen Anlass ab und gab Gelegenheit, weitere Fragen zu klären.

Leserbrief

Energiepolitik

Elisabeth Burgener Brogli, Gipf-Oberfrick, steht für den Wechsel in der Energiepolitik - glaubwürdig und konsequent. Unbestritten, dass wir in der Energiepolitik vor grossen Herausforderungen stehen. Klar ist einzig, dass das sture Festhalten an der risikobehafteten und bereits wieder veralteten Atomtechnologie von der Mehrheit der Bevölkerung nicht (mehr) mitgetragen wird. Die «Herr im Hause-Politik», wonach die Elektrokonzerne alleine entscheiden, welche Art von Strom produziert wird, ist definitiv vorbei. Bezügerinnen und Bezüger denken weiter als nur bis zur Steckdose, sie wollen mitbestimmen und

nicht einfach nur Kosten übernehmen und eingegangene Risiken mittragen. Tragische Vorkommnisse haben zu dieser Erkenntnis geführt. So hat auch der Bundesrat erkannt, dass der Bevölkerung die atomaren Risiken nicht mehr zugemutet werden können. Der bundesrätliche Ausstiegsbeschluss ist jedoch noch lange nicht umgesetzt. Im Ständerat wurden kürzlich bereits wieder erste Manöver dagegen eingebracht. Einmal mehr zeigt dies, wie wichtig es ist, dass verlässlich handelnde Vertreterinnen und Vertreter in die eidgenössischen Räte gewählt werden. Mit Elisabeth Burgener Brogli steht eine engagierte und kompetente Kandidatin zur Wahl. Als Grossrätin und Co-Präsidentin der Ver-

einigung gegen die Einlagerung von Atommüll in den Bözberg (KAIB) setzt sie sich seit jeher für eine umweltfreundliche Energiepolitik ein. Mit dem Einlegen der Liste 2 der SP und der Stimme für Elisabeth Burgener kann zum Ausdruck gebracht werden, dass sich die Bevölkerung - auch im Aargau - nicht einfach die Lasten der zentralistischen Atomstromproduktion (neben den AKW's, dem Zwiilag nun auch noch ein Tiefenlager für die Abfälle!) aufbürden lässt. Elisabeth Burgener Brogli setzt sich für einen machbaren, aber konsequenten Ausstieg aus der Atomtechnologie ein, auch im Bundeshaus.

Priska Bachmann Gassmann
und Albi Gassmann, Kaisten